

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Ausschrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Freitag den 1. März 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die Leihspaltenzeitung oder deren
Raum 20 Bsp., die Reklamspalte 80 Bsp.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

27. Februar. In Flandern, in der Champagne und an
Rund auflebende Artillerietätigkeit. — Im Luftkampf
an der Westfront 15 feindliche Flugzeuge und 3 Fessel-
ballons abgeschossen. — Nördlich von Dorpat werden zwei
Regimenter gefangen. — In der Ukraine ist auf dem
marisch die Stadt Verdichow erreicht. — Englische An-
griffe an der macedonischen Front werden abgewiesen.

Der Weg zum Frieden.

Berlin, 27. Februar.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Unter-
zeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litovsk durch
russische Delegierte ohne neue längere Verhandlungen
oder morgen erfolgen wird. Alle Einzelfragen
werden durch Sonderkommissionen in schnellster Frist er-
gänzt werden. Man rechnet übrigens damit, daß der
Friedensvertrag von deutscher Seite in Bukarest unter-
zeichnet werden wird, wo gegenwärtig Staatssekretär
Kühlmann zu Verhandlungen mit Rumänien weilt.
Über den Verlauf der Verhandlungen mit Rumänien,
am Sonntag begonnen haben, ist noch nichts Besonde-
res bekannt. Es darf aber angenommen werden, daß
aus Bukarest in kürzester Frist eine Entscheidung
ausgehen wird. Alles wird davon abhängen, ob General
Kühlmann und mit ihm die Rumänen, die ihn beraten, sich
Ernstes der Lage Rumaniens bewußt sind.

Der Wortlaut der Friedensbedingungen.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Reichstag
hat am 27. Februar im Reichstag über die Friedens-
bedingungen im Reichstag gesprochen. Er hat hier heute wieder-
holt:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Be-
endigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind ent-
schlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen-
zutreten.
2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern
in Brest-Litovsk mitgeteilten Linie liegen und zum russischen
Reich gehören, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands
nicht mehr unterstehen, die Linie ist in Gegend Dinaburg
bis zur Ostgrenze Rußlands zu verlegen. Aus der eben-
falls im Brest-Litovsk mitgeteilten Linie zum russischen Reich
werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland
entstehen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die
inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-
Ungarn beabsichtigen das künftige Schicksal der Gebiete im
Abnehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.
3. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Frieden ge-
schlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durch-
geführt ist, das östlich der oben genannten Linie gelegene
Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 3 etwas anderes
ergibt.
4. Livland und Estland werden von russischen Truppen
und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher
Vollmacht befreit, bis Landesgrenzen und die Sicherheit
gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle
aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind
sofort freizulassen.
5. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen
Republik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden
Vertrag von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.
6. Rußland wird alles in seinen Kräften Strebende tun,
um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der östlich
gelegenen Provinzen an die Türkei sicherzustellen,
und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitula-
tionen an.
7. Die völlige Demobilisierung des russischen Heeres
schleunigst der von der jetzigen Regierung neu gebildeten
Kommission ist unverzüglich durchzuführen.
8. Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere,
der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische
Hände zu übergeben oder dort bis zum allgemeinen Friedens-
schluß zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe
der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische
Kriegsschiffe zu behandeln.
9. Die Handelsverkehr im Schwarzen Meere und in
der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffen-
stillstandsvertrag vorgegeben war; das Minenräumen dafür
hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt
bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.
10. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt,
wie in Artikel VII. Biffer II A des Friedens mit der Ukraine,
wieder in Kraft unter Wegfall der in Artikel III. Biffer III
Absatz 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Ver-
einbarungen für asiatische Länder. Ferner wird der ganze
erste Teil des Schukurovotokols wiederhergestellt. Dazu
kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzoll-
freiheit für Erze; alsbaldige Verhandlung über Abschluß
neuen Handelsvertrages; Sicherung der Reichs-
ausfuhr bis mindestens Ende 1923, auch für den Fall
der Kündigung des Protokolls; endlich Bestimmungen
entsprechend Artikel VII. Biffer III. Biffer IV A Absatz 1 und
Biffer V des Friedens mit der Ukraine.
11. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt
auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-
russischen Rechtskommission. Soweit Beschlüsse noch nicht
erläßt sind, also insbesondere Erlass von Zivilurteilen, auf
Grundlage der deutschen Vorschläge. Erlass der Anwen-
dungen für Kriegsgefangene auf Grund des russischen Vor-

schlusses. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze
deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer
zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amt-
lich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier
verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heeres-
einrichtungen auch in den von den Zentralmächten besetzten
Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden an-
zunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich
nach Brest-Litovsk zu begeben und dort binnen drei Tagen
den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb der nächsten
zwei Wochen ratifiziert sein muß.

Da nach unserem Ultimatum Änderungen an diesen
Bedingungen nicht vorgenommen werden können, so kann
abiger Wortlaut als der mit Rußland abgeschlossene
Friedensvertrag angesehen werden.

Warum Lenin den Frieden will.

In einem längeren Artikel der „Krasnaja Gazette“
bespricht Lenin die Annahme der deutschen Friedens-
bedingungen. In dem Artikel heißt es u. a.:

Nur Ubrassenhelden könnten von der Fortsetzung des
Krieges sprechen. Die ganze russische Bourgeoisie habe sich
sein Gedanken an die bevorstehende Ankunft der Deutschen
gefreut. In Regiza hätten die Bürger die Deutschen mit
offenen Armen empfangen. In Petersburg, fährt Lenin
fort, freue sich jedermann in Erwartung des Einzuges der
Sowjet durch die Deutschen.

Lenin übt an dem Verhalten Trozkis scharfe Kritik
und weist darauf hin, daß er schon früher erklärt habe,
der Friede werde Rußland, dessen Armees weder weiter
kämpfen könne noch wolle, später oder früher aufgezwungen
werden. Wer die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte
erhalten wolle, müsse für den sofortigen Frieden sein.

Freie Bahn für Verhandlungen.

Die französische und englische Presse äußert sich zu
der jüngsten Rede des deutschen Reichskanzlers sehr zurück-
haltend. Nur so auffälliger ist ein Artikel der „Revue“
„Voix du peuple“, in dem es zum Schluß heißt, daß aller-
dings noch kein Einverständnis erzielt, daß aber nunmehr
der Weg für die Verhandlungen zum Frieden be-
schritten sei.

Angebliehliche deutsch-belgische Verhandlungen.

Das „Journal de Genève“ teilt mit, daß Belgien das
deutsche Sonderfriedensangebot (A), das in der Rede des
Reichskanzlers zum Ausdruck kommt, ablehnen wird. Das
Blatt behauptet, Deutschland habe der belgischen Regierung
schon früher ähnliche Vorschläge gemacht. Kürzlich sollte
die Reichsregierung Belgien die Zurückführung des
Industriematerials unter der Bedingung gleichzeitiger
Handelsvertragsverhandlungen angeboten haben. Mehrere
Mitglieder des Kabinetts von Le Droure zeigten sich zum
Eingehen auf den Vorschlag geneigt. Die Verhandlungen
scheiterten indessen, vor allem am Veto des Königs Albert.
Man wird gut tun, diese Behauptungen des Genfer
Blattes mit Vorsicht aufzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der Interfraktionelle Ausschuss des Reichstags
für Beamtenfragen, der unter dem Vorsitz des national-
liberalen Abg. Meyer-Herford arbeitet und der vom Haupt-
ausdruck des Reichstags eine Reihe wichtiger Fragen zur
Erledigung überwiesen erhalten hat, ist jetzt zu einem vor-
läufigen Abschluß seiner Arbeiten gelangt. Die Mitglieder
der Konferenz, die sämtlichen Fraktionen des Reichstags
angehören, haben sich in Erkenntnis der allgemeinen Not-
lage der Beamtenschaft einstimmig für eine wesentliche Er-
höhung der laufenden Kriegsteuerzuschläge ausgesprochen.
Die Reichsregierung hat zu diesem Beschlusse
grundsätzlich bereits ihre Zustimmung erklärt und nur über
das Maß der Erhöhungen sind noch Verhandlungen im
Gange.

+ In der bayrischen Kammer der Abgeordneten ge-
dachte der Präsident nach Bekanntgabe des allerhöchsten
Vondschreibens des Ablebens des Großherzogs Adolf
Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, sowie des Geburtstages
des Königs von Württemberg und wies ferner auf die
glückliche Rückkehr des Hilfskreuzers „Wolf“ hin, indem er
der Bewunderung der glänzenden Leistungen des Fregatten-
kapitäns Nerger und der wackeren Mannschaft Ausdruck
gab. Daran wurde in die Tagesordnung eingetretet.
Darauf eine Nachtragsforderung von 100 480 Mark soll der
Ausbau der wirtschaftlichen Abteilung im Ministerium des
Außeren und der bayrischen Gesandtschaft in Berlin durch
Erichtung der notwendigen neuen Stellen in die Wege
geleitet werden.

Schweiz.

+ Die Stellung des Grafen Hertling zur Schweizer
Neutralität wird in der ganzen Schweiz sehr sympathisch
betrachtet. Der „Bund“ in Bern schreibt dazu: „Wir
müssen dem deutschen Kanzler dankbar sein für seine in
den Tagen größter internationaler Spannung gesprochenen
entschiedenen und vorbehaltlosen Worte der Anerkennung
der schweizerischen Neutralität. Sie werden zweifellos

aus dem einen oder anderen Seite wirken. In den Ausfüh-
rungen des Kanzlers zu den vier Grundfragen der letzten
Wahlrede sieht das Blatt eine Annäherung, die man mit
größter Gemütsruhe aufnehmen, da sie Ausichten auf
weitere Besprechungen eröffne.

Spanien.

+ Das Ergebnis der Wahlen hat einen entschiedenen
Sieg der liberalen Partei ergeben. Die verbandsfreund-
lichen Republikaner sind geschlagen. Ganz überraschend
ist der Sieg der Monarchisten in Madrid, wo die Repu-
blikaner ihren Haupterfolg erhofften. Von acht Sitzen
bekamen die Monarchisten fünf. Gewählt wurden unter
anderen der deutschfreundliche Dramatiker Benavente. Die
Wahlen werden also an dem Kurie der Regierung und
insbesondere an der neutralen Haltung des Kabinetts
nichts ändern.

Dolm.

+ Das neue Ministerium ist jetzt vom Regent-
schafsrat bestätigt worden. Die Amler sind, wie folgt
verteilt: Bonikowski: Staatsleitung, Volksaufklärung und
politische Abteilung (deren Leiter Dr. Wladislaw Bro-
lewski); Ranowski: Justiz; Dajewski: Innere Angelegen-
heiten; Wienowski: Finanzen, Handel und Industrie;
Bakel: Arbeit und soziale Fürsorge; Janicki: Ackerbau und
Lebensmittelversorgung.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 27. Febr. Der Staatskanzler veröffentlicht das
Gesetz über die verlängerte Geltungsdauer der Verordnung,
betreffend Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der
Kriegsteilnehmer.

Berlin, 27. Febr. General Imhoff-Balscha, der Dien-
altste Instruktionsoffizier in türkischen Diensten ist einem
Schlaganfall erlegen.

Berlin, 27. Febr. Die Post. Ztg. will wissen, für den
Thron des künftigen unabhängigen Staates Litauen
käme der Herzog von Urach, ein Angehöriger des württem-
bergischen Königshauses, in Frage.

Konstanz, 27. Febr. Die Beilegung des Großherzogs
Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz findet am Sonn-
abend im Erbgräbnis zu Mirow statt.

München, 27. Febr. Im Abgeordnetenhaus wurden
100 480 Mark angefordert zum Ausbau der wirtschaft-
lichen Abteilung im Ministerium des Außeren und bei der
Griechenland in Berlin.

Stuttgart, 27. Febr. Der König von Württemberg
hat anlässlich seines 70. Geburtstages dem Stellvertreter des
Reichskanzlers, v. Bamer, das Großkreuz des Ordens der
würtembergischen Krone verliehen.

Stockholm, 27. Febr. Auf den Alandsinseln herrscht
leichte Ruhe, die Roten Garde sind zum Frieden bereit, da sie
das Eingreifen der Deutschen fürchten.

Konstantinopel, 27. Febr. Wie der Minister des Außeren
in der türkischen Kammer mitteilte, stehen Friedensver-
handlungen zwischen der Republik Konstantinopel und den
Mittelmächten bevor.

Lugano, 27. Febr. Nach einem Ministerrat wurde in
Rom beschlossen, daß sich Crespi noch einmal nach England
begeben soll, um Getreide für Italien zu verlangen.

Genf, 27. Febr. Wie aus Kiew berichtet wird, will die
maximalistische Kada den Friedensvertrag mit der
Ukraine anerkennen.

Genf, 27. Febr. Die französische Kammer hat einen Ge-
setzentwurf angenommen, wonach der freie Handel mit Pro-
getreide bis zur ersten Ernte nach dem Kriege aufgehoben
wird.

Deutscher Reichstag.

(186. Sitzung.)

CB. Berlin, 27. Februar.

Am Ufche des Bundesrats Vizekanzler v. Bamer, die
Staatssekretäre v. Roedern, Solf, Ballraf. Ein Antrag des
Vorlesenden des außerordentlichen Kriegsgerichts in Bremen
zur Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Genta
wegen Aneignung beim Beihilfe zum Vergehen gegen das
Gesetz über den Belagerungszustand wird abgelehnt. Vor-
geleitet wird die

erste Lesung des Haushaltsplans.

Abg. Dr. Wiemer (Fortschr. Lp.): Den Auffassungen
des Abg. v. Dendeband über äußere und innere Politik steht
die Mehrheit des Reichstags entgegen. Auf diese Mehrheit
stützt sich die Regierung in ihrer Politik. Untere Verhand-
lungen stellen einen Fortschritt auf der Bahn parlamentarischer
Entwicklung dar. Den Erklärungen des Reichskanzlers über
die auswärtige Politik haben die Vertreter der Mehrheit zu-
gestimmt, soweit sie bisher gesprochen haben. Auch wir tun
das. Der Redner verbreitet sich über den Friedensschluß im
Osten, billigt die Erklärungen des Reichskanzlers über Belgien
und zu den Forderungen Wilsons und polemisiert gegen den
Abg. v. Dendeband, die Konventionen und die Vaterlands-
partei. Den letzten Streit hält er für bedauerlich, obwohl ein
Teil der Klagen des Abg. Scheidemann gewiß berechtigt ge-
wesen sei. Für Preußen fordert der Redner das allgemeine
und gleiche Wahlrecht, für Elsaß-Lothringen die Autonomie.
Abg. Dr. Szelesmann (natl.): Der Friede mit Rußland
bedeutet die Niederrückung unseres gefährlichsten Gegners.
Die Ereignisse der letzten Wochen werden in ihren moralischen
Nachwirkungen uns dem Weltfrieden näher bringen. Zunächst
wird der rumänische Friede folgen. Damit beginnt die
Liquidierung des Krieges auf dem Balkan. Nicht nur nach
deutscher, sondern auch nach lettischer Auffassung bildet das
Baltikum eine Einheit, die nicht derartig getrennt werden

